

Ökonomisierung der Hochschulen: eine Makro-Meso-Mikro-Perspektive

Schimank, Uwe

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schimank, U. (2008). Ökonomisierung der Hochschulen: eine Makro-Meso-Mikro-Perspektive. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Teilbd. 1 u. 2* (S. 622-635). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-153199>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Ökonomisierung der Hochschulen – eine Makro-Meso-Mikro-Perspektive

Uwe Schimank

Was immer man unter Ökonomisierung verstehen mag: Es geht um einen Vorgang, durch den Merkmale, die man gemeinhin mit Wirtschaft verbindet, wirkmächtiger werden – und um die Konsequenzen dessen. Das kann zum einen in der Wirtschaft selbst geschehen. Eine Ökonomisierung der Ökonomie kann sich etwa als weitere Entbettung des Gewinnmotivs aus nicht-ökonomischen Rücksichten heraus vollziehen oder, wie im gegenwärtig diskutierten »Finanzmarkt-Kapitalismus« (Windolf 2005), als immer kurzfristigere Gewinnorientierung. Zum anderen – und hier interessierend – gibt es eine Ökonomisierung nicht-ökonomischer Gesellschaftsbereiche, also eine Übernahme oder Aufwertung ökonomischer Handlungsprinzipien etwa in der Kunst, im Journalismus, im Gerichtswesen oder eben in den Hochschulen.

Ökonomisierung wird oft völlig selbstverständlich als kritische Diagnose konstatiert – schrill zugespitzt etwa als »Untergang der europäischen Kultur« im »neoliberalen Raubkapitalismus«. Diese Bewertungsfrage wird hier eingeklammert; es besteht zunächst einmal Analysebedarf. Neben voreiligen und unwissenschaftlichen Werturteilen fallen drei weitere gravierende Schwächen bisheriger theoretischer Konzeptualisierungen und empirischer Analysen von Ökonomisierungsphänomenen auf.

Erstens bleibt man allzuoft in der – sowieso modischen – Diskursanalyse stecken. Ein gutes Beispiel bietet das »Glossar der Gegenwart« (Bröckling u.a. 2004). Es ist zwar wichtig, auch den »talk« (Brunsson 1989) über die Welt zu betrachten; und wissenssoziologisch stimmt natürlich, dass im Reden kognitive, normative und evaluative Deutungen zum Ausdruck gebracht werden, die handlungsprägend wirken können – aber eben nicht müssen. Man wüsste schon gerne jeweils genauer, inwieweit der »talk« eine bloße Inszenierung auf der »Vorderbühne« (Goffman 1956) darstellt, die gerade dazu dient, anderes Handeln zu überspielen, oder ob er in »action« eingeht. Gerade für die derzeitigen Hochschulreformen weiß jeder, dass viel rhetorischer Lärm um Nichts gemacht wird. Aber ist alles bloß Gerede, was an Hoffnungen und Befürchtungen geäußert wird, oder gibt es tatsächlich Ökonomisierungsvorgänge?

Zweitens verbleiben viele Untersuchungen, die sich jenseits der Diskurse den realen Strukturveränderungen zuwenden, bei isolierten Betrachtungen einzelner,

meistens auf der intra- oder interorganisatorischen Ebene angesiedelter Instrumente. So schaut man sich zum Beispiel Zielvereinbarungen, Evaluationen, leistungsorientierte Finanzierungsmodi, Studiengebühren je für sich genommen, meist in Fallstudien, an – also vielerlei Maßnahmen, die im Hochschulsystem Marktkonkurrenz oder, öfter, »Quasi-Märkte« (LeGrand/Bartlett 1993) einführen sollen. Aber wie werden die vordergründig Leistungsdruck entfaltenden Konkurrenzmechanismen faktisch »gelebt«? Werden sie etwa in einer tradierten Kultur von Nichtangriffspakten entschärft, oder entfalten sie als quasi-planwirtschaftliche bürokratisch-schematische Indikatorenapplikationen die aus dem real existiert habenden Sozialismus sattsam bekannten Deformationen? Das kann erst eine kontextualisierende Betrachtung der Implementation derartiger Ökonomisierungsmaßnahmen ergründen.

Drittens schließlich ist zu zeigen, was keineswegs selbstverständlich ist, dass faktisch stattfindende Veränderungen etwa des Konkurrenzdrucks an Hochschulen nennenswerte Auswirkungen auf die Leistungsproduktion in Lehre und Forschung haben, und welche Auswirkungen das sind – die gewünschten bzw. befürchteten, oder ganz andere. Auch dies wird in der einschlägigen Forschung bislang wenig getan – nicht zuletzt vielleicht auch deshalb, weil man sich seine Illusionen bzw. Schwarzmalereien nicht nehmen lassen möchte.

Um all diese analytischen Kurzschlüsse vom Reden auf Tun, von Einzelmaßnahmen auf Strukturveränderungen und von Beidem auf Forschung bzw. Lehre zu vermeiden, bietet sich eine Analyseperspektive an, die systematisch entsprechend den Ebenen sozialen Geschehens drei Schritte miteinander verknüpft. Im ersten Schritt wird der Ausgang von der Meso-Ebene der Organisations- und Interorganisationsstrukturen genommen, weil dort die zu betrachtenden Ökonomisierungsvorgänge als Veränderungen des Governance-Regimes des Hochschulsektors stattfinden. Diese Betrachtung wird in einem zweiten Schritt, der sich auf die Makro-Ebene gesellschaftlicher Teilsysteme begibt, gesellschaftstheoretisch eingebettet. Die Hochschulen müssen als Organisationen gesehen werden, die zugleich im Bildungs- und im Wissenschaftssystem angesiedelt sind; und als »staatsnaher Sektor« (Mayntz/Scharpf 1995) unterliegt der Hochschulbereich politischer Steuerung. Ein dritter Schritt verbindet die Meso-Ebene in der anderen Richtung mit der Mikro-Ebene individueller Wissenschaftler bzw. Forschergruppen, die die Leistungsproduktion des Hochschulsektors in Lehre und Forschung – wobei ersteres hier ausgeblendet bleibt – betreiben. Erst diese systematische Makro-Meso-Mikro-Verknüpfung von Differenzierungstheorie, organisationssoziologischer Governance-Perspektive und Wissenschaftssoziologie vermag die Ökonomisierung der Hochschulen angemessen zu erfassen. Im Vordergrund wird empirisch das deutsche Hochschulsystem stehen; aber zumindest Seitenblicke auf andere nationale Hochschulsysteme, die schon län-

ger Ökonomisierungsdynamiken unterliegen, sind sinnvoll, um abschätzen zu können, was auf Deutschland zukommen könnte.

Meso-Ebene: Veränderungen des Governance-Regimes

In der öffentlichen Verwaltung ebenso wie in den »staatsnahen Sektoren« vieler westlicher Länder hat seit den 1980er Jahren eine massive Veränderung des Governance-Regimes stattgefunden, die sich am international diffundierenden Modell des »new public management« (NPM) orientiert (OECD 1995; Pollitt/Bouckaert 2000). Deutschland ist diesbezüglich ein Nachzügler, was nochmals zugespitzt auf die Reform des Hochschulsektors zutrifft.¹

Für eine analytisch differenzierte Betrachtung der Governance des Hochschulsektors sind fünf grundlegende Mechanismen zu unterscheiden (Braun/Merrien 1999; Schimank 2000, 2007): erstens die staatliche Regulierung der Hochschulen, zweitens die auf substanzielle Ziele bezogene Außensteuerung der Hochschulen durch staatliche Akteure oder durch gesellschaftliche »stakeholder«, drittens die akademische Selbstverwaltung der Hochschulen, viertens die hierarchische Selbststeuerung der Hochschulen und fünftens der Konkurrenzdruck innerhalb von und zwischen Hochschulen. Stellt man in diesen analytischen Kategorien die Prinzipien des NPM den tradierten, nach wie vor vorherrschenden institutionellen Status quo des deutschen Hochschulsektors gegenüber, ist der diametrale Gegensatz unübersehbar. Das traditionelle Governance-Regime der deutschen Hochschulen ist durch eine Kombination von starker akademischer Selbstorganisation – seit den siebziger Jahren durch die »Gruppenuniversität« noch weiter »versäult« – mit hoher Autonomie der einzelnen Professoren auf der einen und starker staatlicher Regulierung auf der anderen Seite geprägt. Diese kuriose Mischung aus Etatismus auf der einen und einer auf Schutz hochgradiger Individualisierung hinwirkenden gemeinschaftlichen Selbststeuerung auf der anderen Seite ist ein äußerst langlebiger historischer Kompromiss, den Staat und Professorenschaft im Preußen des frühen 19. Jahrhunderts eingegangen sind. Die anderen drei Governance-Mechanismen sind hingegen eher schwach ausgebildet. Demgegenüber will das NPM genau diese anderen drei Mechanismen stärken: die hierarchische Selbststeuerung der Hochschulen durch Dekane und Rektoren in Verbindung mit einer Intensivierung der Außensteuerung durch staatliche Instanzen und Adressaten sowie des Konkurrenzdrucks – und

¹ Die weitere Darstellung beruht auf den Länderberichten zu Deutschland, Österreich, den Niederlanden und England in Kehm/Lanzendorf (2006) sowie der dieselben Länder plus Australien betrachtenden Analyse in Lange/Schimank (2007).

parallel dazu sollen Maßnahmen der Deregulierung (Haushalts- und Personalrecht, Genehmigung von Studiengängen und Prüfungsordnungen) und der Beschneidung des Einflusses akademischer Selbstorganisation erfolgen. Damit verbunden ist schließlich die Etablierung neuer Gruppen von hochschulpolitischen Akteuren inner- und außerhalb der Hochschulen: die Professionalisierung der hochschulischen Leitungsrollen zu eigenständigen Berufskarrieren, die Installierung von Hochschulräten sowie die Herausbildung von Beratungs- und Evaluationsexperten, teilweise in neuen Arten von Organisationen im Umfeld der Hochschulen wie etwa den Akkreditierungsagenturen.

Die zentrale Absicht hinter diesem radikalen Wechsel des Governance-Regimes wird oft in der Formel »Mehr Markt!« ausgedrückt. Die einzelnen Arbeitseinheiten einer Hochschule – Fachbereiche, Institute, letztlich Professuren – sollen erstens durch Deregulierung und durch eine Beseitigung des gleichmacherischen Immobilismus der Selbstverwaltung in die Lage versetzt sowie zweitens durch Anreize und Sanktionen, wie sie aus der Konkurrenz um knappe Mittel – Drittmittel ebenso wie eine leistungsabhängig vergebene Grundfinanzierung – erwachsen, dazu angehalten werden, ihre Stärken in Lehre und Forschung zu kultivieren und entsprechend eigenständige Profile auszubilden. Das kann und soll auch ein durchaus buntes Bild ergeben. Hochschulen brauchen kein Gesamtprofil, etwa als durchgängige »research university«. Ein patchwork von Mikro-Profilen ist vermutlich viel zweckmäßiger: Das eine Institut spezialisiert sich auf anwendungsbezogene Forschung für eine bestimmte Industriebranche, ein anderer Fachbereich kultiviert besonders die wissenschaftliche Weiterbildung, wieder ein anderes Institut betreibt vorrangig Lehrerbildung, und ein Lehrstuhl ist in der anwendungsfernen Grundlagenforschung sehr erfolgreich. Als Ganzes profillos, aber sehr profiliert in jedem einzelnen Teil: Darauf könnte der Marktakzent des NPM primär hinauslaufen (Meier/Schimank 2002).

Wozu dann überhaupt noch Hierarchie, sowohl hochschulintern durch eine Stärkung der Leitungen als auch durch verstärkte Außensteuerung? Darauf gibt es drei Antworten. Erstens muss der Markt in und zwischen den Hochschulen überhaupt erst einmal entfesselt, also gegen die Beharrungskräfte insbesondere der hochschulischen Selbstverwaltung durchgesetzt und dann auch dauerhaft gesichert werden. Da es sich ja zumeist nur um »Quasi-Märkte« handelt, die weder automatisch den relativen Erfolg oder Misserfolg signalisieren noch automatisch die entsprechenden Konsequenzen zeitigen, müssen Akteure da sein, die sich zum einen, etwa durch Evaluationen, die Informationen über die relative Leistungsfähigkeit von Hochschulen und ihren Arbeitseinheiten beschaffen und zum anderen auf dieser Informationsgrundlage dann auch teilweise unangenehme Entscheidungen treffen, also Ressourcen umverteilen und letztlich zum Beispiel auch Institute schließen oder zu weitreichenden Umorientierungen zwingen. Zweitens muss die Hoch-

schulleitung, unterstützt durch die Dekane, ein umsichtiges Portfolio-Management betreiben, also die dezentralen Profilierungsbestrebungen zumindest soweit kanalisieren, dass insgesamt eine »gesunde«, nämlich hinreichend diversifizierte Mischung zusammenkommt – was allein schon zur Risikostreuung wichtig ist. Denn eine Hochschule, die als Ganze zum Beispiel auf anwendungsferne Grundlagenforschung spezialisiert wäre, käme in Schwierigkeiten, wenn auf einmal die überwiegend staatlichen Fördermittel für diesen Typ von Forschung zurückgefahren würden. Drittens schließlich wird Hierarchie – hier vor allem auch Außensteuerung – dafür benötigt, »Marktversagen« zu korrigieren, also etwa langfristig voraussehbaren gesellschaftlichen Forschungsbedarf zu artikulieren, der sich kurzfristig noch gar nicht rechnet. Auch für die längerfristige Absicherung von Arbeitseinheiten kann hierarchische »Fürsorge« wichtig sein. Dass ein mit seiner derzeitigen Profilierung durchaus noch erfolgreich arbeitendes Institut von sich aus in eine Richtung umschwenkt, in der zur Zeit weniger Reputation und Ressourcen zu holen sind als mit dem eingespielten Profil, ist unwahrscheinlich. Wenn aber in dieser anderen Richtung die Zukunft des Instituts liegt, während es sich auf seinem jetzigen Weg längerfristig in eine Sackgasse manövriert, ist es nicht nur hilfreich, sondern überlebenswichtig, ihm gegebenenfalls auch direktiv den richtigen Weg zu weisen.

NPM kombiniert also die Stärkung von marktlichen oder marktähnlichen Konkurrenzmechanismen mit einer Organisationsentwicklung, die darauf hinausläuft, Hochschulen, Fachbereiche, Institute bis hin zu »kritischen Massen« miteinander kooperierender Wissenschaftler – zum Beispiel in einer DFG-Forschergruppe – zu korporativen Akteuren zu machen (Krücken/Meier 2006), die sich auch über die bislang dominierenden individuellen Akteure in Gestalt der je einzelnen Professoren hinwegzusetzen in der Lage sind. In Großbritannien und Australien, aber auch in den Niederlanden ist man über mehr als zwanzig Jahre schon weit in Richtung NPM gegangen; Österreich hat um die Jahrtausendwende einen großen Sprung in dieselbe Richtung getan, wobei die politisch installierten neuen Governance-Strukturen innerhalb der Hochschulen erst noch zum Wirken gebracht werden müssen; und Deutschland hat sich mittlerweile auch auf den Weg gemacht. Überall sind die staatlichen hochschulpolitischen Akteure die Betreiber der Veränderungen, teilweise unterstützt von Hochschulrektoren; und überall sind insbesondere die Professoren mit großer Mehrheit Gegner der Veränderungen.

Makro-Ebene: Ökonomische »Intrusion« des Hochschulsektors

Die skizzierten Veränderungen des Governance-Regimes des Hochschulsektors werden politisch oftmals voluntaristisch diskutiert. Man geht davon aus, dass ent-

sprechende Entscheidungen auch anders – wie die Gegner von NPM sagen: am besten gar nicht – hätten getroffen werden können. Dabei werden die größeren gesellschaftlichen Strukturdynamiken nicht gesehen, in die die Governance-Veränderungen eingebettet sind.

Hochschulen stellen eine organisatorische Koexistenz von Wissenschafts- und Bildungssystem dar (Braun/Schimank 1992). Beide gesellschaftlichen Teilsysteme sind seit längerem Inklusionsdynamiken ausgesetzt, die sich in den Hochschulen immer stärker zur Geltung gebracht haben. Im Bildungssystem geht es seit den 1960er Jahren darum, den Anteil der Hochschulzugangsberechtigten an einem Altersjahrgang zu steigern und so den tertiären Bildungssektor von Eliteausbildung, also einer weitgehenden Exklusion der Bevölkerung, in Richtung einer »massification of higher education« (Gibbons u.a. 1994) umzusteuern. Nur kurze Zeit ging diese Inklusionspolitik mit einer entsprechenden Ausweitung der staatlichen Finanzierung der Hochschulen einher; seit Mitte der 1970er Jahre wird Inklusion von Studierenden mehr oder weniger zum politischen Nulltarif erwartet. Die chronisch knappen und immer noch knapper werdenden Mittel im staatlichen Bildungsbudget erzwingen eine Effizienzsteigerung der hochschulischen Leistungsproduktion in der Lehre. Gleiches gilt für die an den Hochschulen stattfindende Forschung. Sie unterliegt aber seit den 1970er Jahren auch noch einer eigenen Inklusionsdynamik. Dass primär andere Forscher das relevante Publikum von Forschern darstellen, also der Rest der Gesellschaft aus dem »Elfenbeinturm« exkludiert ist und nur indirekt von wissenschaftlichen Erkenntnissen profitiert, gilt längst nicht mehr so uneingeschränkt. Die außerwissenschaftliche Relevanz der Forschung soll gezielt und frühzeitig gesteigert werden, und zu diesem Zweck sollen die außerwissenschaftlichen Nutzer – von Krankenhäusern über das Militär bis zum Spitzensport, aber doch zuvorderst Unternehmen – bei Entscheidungen über Themenprioritäten der Forschung an Hochschulen und die entsprechende Allokation von Ressourcen mitreden. Hier geht es um eine Effektivitätssteigerung der Forschung, um die Erhöhung ihres außerwissenschaftlichen Wirkungsgrades. Und wiederum gilt dies auch für die Lehre in dem Sinne, dass verstärkt mit Blick auf die Erfordernisse des Arbeitsmarkts – in der Wirtschaft wie in anderen Teilsystemen – ausgebildet werden soll.

NPM stellt sich politisch als Mittel der Wahl dar, um diese Effizienz- und Effektivitätssteigerungen der hochschulischen Leistungsproduktion zu bewirken. Verstärkter Konkurrenzdruck soll zum einen die Effizienz der Mittelzuweisung und des Mitteleinsatzes erhöhen, zum anderen aber auch gefügiger gegenüber außerwissenschaftlichen Relevanz-Zumutungen machen – wie sie dann auch durch verstärkte Außensteuerung artikuliert wird. Eine starke, weder durch staatliche Regulierung noch durch die akademische Selbstverwaltung gefesselte hierarchische Selbststeuerung schließlich soll die Hochschulen zu konkurrenzfähigen und responsiven Ak-

teuren machen. Soweit die Ökonomisierungs-Programmatik hinter den Governance-Veränderungen!

Dass und wie solch eine Ökonomisierung trotz der Ausdifferenzierung des Bildungs- und des Wissenschaftssystems ebenso wie des politischen Systems gegenüber dem Wirtschaftssystem stattfinden kann, lässt sich mit Pierre Bourdieus Konzept der »Intrusion« analytisch gut fassen (Volkman/Schimank 2006).² Die »feindliche Übernahme« (Schimank 2006: 71–83) anderer Teilsysteme durch die Wirtschaft ist Bourdieu zufolge in der teilsystemischen Konstitution angelegt. Denn jedes Teilsystem weist neben einem »autonomen« auch einen »weltlichen Pol« mit entsprechenden Protagonisten auf. Am »autonomen Pol« geht es, verkürzt gesagt und ganz auf der Linie Luhmanns, darum, dass Akteure feldspezifisches Kapital erwerben, indem sie die Selbstreferentialität des Teilsystems – Wahrheit in der Wissenschaft – hoch halten. Dies bringt ihnen symbolisches Kapital, die Anerkennung durch Ihresgleichen ein. Am »weltlichen Pol« des Teilsystems hingegen findet man unter anderem Auftragsforschung für die Industrie. Hier streben die Akteure nach »Anerkennung durch die Menge« (Bourdieu 1998: 108) und kommerziellem Erfolg. Mit Bourdieu lassen sich somit Bereiche teilsystemischer Leistungsproduktion danach unterscheiden, inwieweit das Handeln der Akteure der im binären Code des Teilsystems festgeschriebenen autonomen Logik folgt und inwieweit es durch die teilsystemexterne ökonomische Logik geprägt wird. Dabei ist Letzteres nicht nur eine temporäre Angelegenheit, sondern eine dauerhafte Gelegenheitsstruktur. Es sind keine vorübergehenden günstigen Umstände, die ein zeitweises Eindringen der ökonomischen Logik in andere gesellschaftliche Teilbereiche ermöglichen – gerade umgekehrt bedarf es eher seltener günstiger Umstände, um genau dies zu verhindern. Die nicht-ökonomisierte – genauer müsste man sagen: die ihre Ökonomisierung nicht spürende – Gesellschaft ist für Bourdieu die Ausnahme, während die durchgehende Ökonomisierung die Regel ist.

Es gibt drei Zugriffspunkte für »Intrusion« generell und speziell für die Ökonomisierung der Hochschulen:

- In der *Könnens*-Dimension des Handelns bewirken zunehmende Ressourcenabhängigkeiten vom Steuerstaat (Grauhan/Hickel 1978) und darüber von der Wirtschaft und eine dann zunehmende Anfachung von Konkurrenz um diese knappen Ressourcen einen Ökonomisierungsdruck – und NPM inszeniert diesen mit den dargestellten Mechanismen. In Deutschland stehen wir im Hinblick auf eine leistungsabhängige Verteilung der Grundausstattung und der Gehälter –

² Rudolf Stichweh (2005a: 175ff.; 2005b: 194f.) spricht diesbezüglich, ganz auf der Linie Niklas Luhmanns, von »korrupten strukturellen Kopplungen« zwischen gesellschaftlichen Teilsystemen. Diese die teilsystemische Autonomie gefährdenden strukturellen Kopplungen stellen aus seiner Sicht jedoch zeitlich und regional – Stichweh betont den »lokalen« Charakter – begrenzte Phänomene dar.

siehe die W-Besoldung – ebenso wie hinsichtlich der Drittmittelabhängigkeit der Forschung im Vergleich zu Großbritannien oder Australien noch in den Anfängen. Immerhin praktiziert die wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Fakultät einer deutschen Traditionsuniversität bereits folgendes Belohnungsschema: Ein Aufsatz in einem internationalem Top-Journal bringt 6.000 Euro zusätzlicher Sachmittel, in einem hochrangigen nationalen Journal 4.000 Euro, usw. – und diese Gelder sammelt die Fakultät vorher als 10-Prozent-Pauschalabzug der bisherigen Grundfinanzierung der Lehrstühle ein.

- In der *Sollens*-Dimension des Handelns dringen immer mehr wirtschaftliche Gesichtspunkte als fremdreferentielle Elemente in die Programmstrukturen des Hochschulsektors ein. Auch hierfür wird im NPM der Weg gebahnt. Zum einen geht es darum, in den thematischen Prioritätensetzungen der Forschung wirtschaftlichen Interessen gebührende Reverenz zu erweisen, wofür etwa durch entsprechende Förderprogramme der Ministerien oder der EU gesorgt wird. Zum anderen gilt es, prozedural die Stimme der Wirtschaft – was auch immer sie sich wünschen wird – zu stärken. Die Installierung und entsprechende Besetzung von Hochschulräten ist ein Beispiel dafür. Weiterhin könnten unter Effizienzgesichtspunkten Normen sparsamer Haushaltsführung installiert werden – was allerdings zumeist unterbleibt, weil es Deregulierungspostulaten zuwiderläuft, und unterbleiben kann, weil die Ressourcenverknappung das Ihre tut, um in diese Richtung zu wirken.
- Schließlich können Ressourcenabhängigkeiten von der Wirtschaft und wirtschaftsbezogene Programmelemente in der *Wollens*-Dimension den binären Code des betreffenden Teilsystems – für die Akteure: ihr Ethos (Ben-David 1992) – infizieren. Diesen Dreischritt sieht – wenn auch nicht so klar gefasst – Bourdieu generell im gegenwärtigen »Neoliberalismus«. Weil in der Ressourcendimension die staatlichen Gelder für »staatsnahe Sektoren« anderer Teilsysteme wie Bildung oder Wissenschaft immer knapper geworden sind, haben sich ökonomische Kriterien der Geldverwendung zunächst in deren Programmstrukturen Geltung verschafft; das greift dann weiter auf den Code dieser Teilsysteme aus, der zwar nicht außer Kraft gesetzt wird, wohl aber in Gefahr steht, Gesichtspunkten der Steigerung, mindestens jedoch der Erhaltung von Zahlungsfähigkeit – Gewinnerzielung bzw. Verlustvermeidung – untergeordnet zu werden. Im Hochschulsektor sorgen Evaluationen dafür, dass jeder den Vergleich mit anderen als Leistungsmaßstab verinnerlicht, eine kalkulierende Haltung zu Zeitverwendung und Kosten entwickelt sowie als »flexibler Mensch« (Sennett 1996) die Marktgängigkeit von Forschungsthemen anstelle langfristiger Forschungslinien betont – bis hin zur Kommerzialisierung von Forschungsergebnissen und zur »unternehmerischen Universität« (Maassen/Weingart 2006).

Alle drei Dimensionen zusammenführend lassen sich Grade der Ökonomisierung unterscheiden. Am einen Ende der Skala, ganz am »autonomen Pol«, brauchen teilsystemische Akteure keinerlei Kostenbewusstsein zu haben. Was immer im Namen der Wissenschaft getrieben und für erforderlich oder auch nur wünschenswert gehalten wird: Das benötigte Geld ist irgendwie da oder kann beschafft werden – letztlich über eine offene oder stillschweigend gewährte staatliche Ausfallbürgschaft. Zahlungsfähigkeit – der binäre Code der Wirtschaft (Luhmann 1988) – ist problemlos gegeben und damit als Entscheidungskriterium für die Wissenschaftler irrelevant. Auf der nächsten Stufe kommt Zahlungsfähigkeit als fremdreferentieller constraint ins Spiel: Den Wissenschaftlern wird zumindest abverlangt, bei ihrer Leistungsproduktion wirtschaftliche Verluste zu minimieren – ihnen wird jedoch weiterhin zugestanden, sich kompromisslos im Rahmen dessen zu bewegen, was der Wahrheits-Code verlangt. Dies ist eine noch sehr milde Form der Ökonomisierung. Härter ist dann schon, eine Stufe weiter, die Auflage, dass die Vermeidung wirtschaftlicher Verluste eine unhintergehbare Restriktion des sich am Wahrheits-Code orientierenden Operierens darstellt. Hier fangen – aus Sicht des »autonomen Pols« gewertet – die Kompromittierungen der Leistungsproduktion an. Dennoch ist Zahlungsfähigkeit im Sinne einer Vermeidung von Verlusten bis hierher ein fremdreferentieller constraint, durch Ressourcenknappheit oder Gebote sparsamer Haushaltsführung vorgegeben. Auf der nächsten Stufe wird Gewinnerzielung zum erklärten Handlungsziel. Zunächst geht es darum, durch Forschung Gewinne zu machen, ohne dass dies – wiederum vom »autonomen Pol« her betrachtet – unzumutbare Kompromittierungen des Wahrheits-Codes verlangt. Eine forcierte Lehrbuchproduktion wäre ein Beispiel für diese Ökonomisierungsstufe. Die letzte, ganz am weltlichen Pol der Skala angesiedelte Stufe einer »korrupten strukturellen Kopplung« (Stichweh 2005a: 175–177) ist dann erreicht, wenn es bei der Forschung nur noch darum geht, soviel Gewinn zu machen wie möglich – ohne Rücksicht auf den Wahrheits-Code. Hier ist die teilsystemische Autonomie nicht länger gegeben, die Ökonomisierung ist zu einer vollendeten »feindlichen Übernahme« vorangeschritten.

Mikro-Ebene: Leistungsproduktion in der Forschung

Was hat eine so voranschreitende Ökonomisierung – gesetzt, sie findet statt – für Auswirkungen auf die Leistungsproduktion der Hochschulen? In den allgemeinen Debatten herrschen Positionen vor, die entweder einseitig nur positive oder – ebenso einseitig – nur negative Effekte erhoffen bzw. befürchten. Insbesondere zu Befürchtungen gibt es viel Befindlichkeitsliteratur: von empörten Erfahrungsberichten – hierzu seit Jahren ergiebig »Forschung und Lehre«, die Zeitschrift des Deutschen

Hochschulverbands – bis zu empirischen Studien, wie sie etwa in Großbritannien Mary Henkel (2000) durchgeführt hat.³ Es liegt bislang nur wenig gesichertes Wissen vor – further research is desperately needed!

Man kann allerdings inzwischen – mit Blick auf die Forschung an Hochschulen – sagen: Governance-Veränderungen machen einen Unterschied für Forschungshandeln, schlagen früher oder später auf dieses durch. Das sei gegen durchaus immer noch anzutreffende Einschätzungen der Art betont, wie sie Jürgen Klüver (1988: 62f.) so ausgedrückt hat:

»(...) zweifellos ist das alltägliche Handeln in der Universität auch davon geprägt, dass juristische, organisatorische und ökonomische Normen und Grenzen beachtet werden müssen. (...) Die (...) Gestaltungsfreiheit der akademischen Wissenschaftlerrolle ist jedoch nach wie vor so groß, daß die eigentlich institutionellen Zwänge (...) das konkrete Handeln auf den eigentlichen Handlungsebenen (...) nur unwesentlich beeinflussen.«

Diese beruhigende Redeweise von der Abgeschottetheit der Mikroprozesse des Forschungshandelns gegenüber den dieses rahmenden institutionellen Strukturen von Hochschulen kann man als falsifiziert einstufen. Die institutionellen Regelungen stellen keine bloße Fassade auf der »Vorderbühne« dar, die das tatsächliche Forschungshandeln auf der »Hinterbühne« abschirmt. Natürlich findet man solchen Etikettenschwindel – zum Beispiel die Nutzung von Modebegriffen und -themen, um weiter beforschen zu können, woran man eigentlich interessiert ist – durchaus häufig vor; doch dieser Deckmantel ist inzwischen zu kurz.⁴

Einige der vermutlichen Effekte von NPM, die sich über kurz oder lang auch in Deutschland zeigen könnten, sollen hier stichwortartig aufgelistet werden – zunächst mit einer besonderen Betonung der Dysfunktionalitäten eines übersteigerten Konkurrenzdrucks:

- Dann können Professoren zu »Antragsprofis« herunterkommen, die auf der Jagd nach Drittmitteln einen Projektantrag nach dem anderen schreiben müssen, während unangeleitete Nachwuchsforscher die eigentliche Forschungsarbeit tun.
- Forscher können immer größere Schwierigkeiten dabei bekommen, längerfristige Forschungslinien durchzuhalten, weil sie zu Kurzzeit-Opportunismen gezwungen sein könnten. Ein Beispiel dafür ist ein britischer Mathematiker, der in anwendungsbezogene Forschungsfelder gehen und dort ständig seine Themen wechseln musste, um sein Institut weiter finanzieren zu können: »(...) you try

³ Die aber durch die Art des Befragens den Befragten negative Effekte von NPM in den Mund gelegt hat.

⁴ Wenn Georg Krücken (2006: 8f.) weiterhin von einer losen Kopplung von Forschungshandeln und außerwissenschaftlichen Erwartungen ausgeht, sollte er sich mal in Großbritannien oder Australien umschauen, wo NPM schon länger installiert ist.

and keep your own research interest, but you actually look for areas that happen to be fashionable (...)» (Morris 2000: 434).

- Die Konkurrenzintensivierung kann die ohnehin bevorteilte mainstream-Forschung noch mehr gegenüber unorthodoxen Forschungslinien stärken – und das ist dysfunktional dafür, dass die Universitätsforschung das evolutionäre »variety pool« des Forschungssystems insgesamt bleibt. Je mehr zum Beispiel die Gutachter der DFG daran erinnert werden, dass die zu verteilenden Gelder knapp sind, desto eher gehen sie offenbar auf »Nummer Sicher«, was die Förderempfehlungen hinsichtlich der eingereichten Projektanträge anbetrifft.⁵
- Nicht nur diejenigen, die in der Forschung nichts leisten, werden von der Versorgung mit entsprechenden finanziellen Ressourcen abgeschnitten – auch das Mittelmaß wird immer kürzer gehalten. Doch die moderne Wissenschaft beruht gerade darauf, dass mittelmäßige Forscher produktiv genutzt werden, also in der Summe essentielle Beiträge zum Erkenntnisfortschritt leisten. Wenn angesichts des bisherigen »Gießkannen-Prinzips« der Ressourcenverteilung nunmehr auf »Exzellenz« gesetzt wird, wird schnell das Kind mit dem Bad ausgeschüttet.
- Anwendungsferne Grundlagenforschung, auf die wissenschaftlicher Erkenntnisfortschritt nach wie vor angewiesen ist, kann durch bisweilen sehr engstirnige und kurzsichtige politische oder wirtschaftliche Themeninteressen verdrängt werden.
- Eine immer größere zeitliche Verdrängung der Forschung kann stattfinden – nun weniger durch die Lehre, sondern zunehmend durch administrative Auflagen. Neben hyperbürokratisierten Projektanträgen, wie sie etwa die EU erwartet, schlägt auch das um sich greifende Berichtswesen für alle Arten von Evaluationen zu Buche. Eine Stimme aus Großbritannien: »We are all more accountable, we all have to write more, we have to manage more, we have more committees (...)« (Morris 2000: 436).

Diesen möglichen, mancherorts bereits eingetretenen Dysfunktionen einer Ökonomisierung für die Forschung an Hochschulen seien nun einige vorstellbare positive Funktionen gegenübergestellt:

- Die im NPM angestrebte Deregulierung kann neue Spielräume des Forschungshandelns eröffnen. So sind etwa mit dem Globalhaushalt erheblich größere Flexibilität der Mittelbewirtschaftung verbunden, die niemand, der an der »Zerwaltung der Forschung« (Meusel 1977) durch die Restriktionen der Kameralistik gelitten hat, so leicht wieder missen möchte.

⁵ Hierzu lehrreich die Fallstudie von Stefan Süß (2006) zur Konjunktur der »principal-agent«-Perspektive in der deutschen Betriebswirtschaftslehre.

- Die Konkurrenzintensivierung kann zu einer insgesamt effizienteren Ressourcenallokation führen – was angesichts dauerhaft anhaltender Knappheit an staatlichen Mitteln für die Hochschulen umso wichtiger ist. Sehr leistungsfähige Forscher profitieren vielleicht sogar, während es wenig leistungsfähigen Forscher nicht länger gelingt, Gelder zu beanspruchen, die andere besser einsetzen können.
- Eine stärkere Hinwendung der Forschung an Hochschulen zu Anwendungsbezügen kann infolge der verstärkten Ressourcenkonkurrenz und der externen Steuerung eintreten. Professoren müssen sich dann mehr als bisher auch um Gelder von Unternehmen oder anderen außerwissenschaftlichen Interessenten bemühen. Dies ist, ebenso wie die Effizienzsteigerung, nicht unbegrenzt, aber bis zu einem gewissen Grade durchaus funktional.
- Lehre und Forschung können sich stärker entkoppeln, wie man in Großbritannien sehen kann. Die vielbeschworene »Einheit von Forschung und Lehre« ist ja nur eine vor allem deutsche Ideologie; empirische Befunde deuten darauf hin, dass gute Lehrende keine guten Forscher sein müssen und umgekehrt (Schimank/Winnes 2000).

Bei diesen Andeutungen muss ich es hier belassen. Man muss die aufgeführten und weitere Dysfunktionalitäten und Funktionalitäten von NPM genauer betrachten, um zu einem sichereren und abgewogeneren Urteil zu gelangen. Vermutlich muss man auch zwischen Typen von Forschung differenzieren. So könnte es sein, dass der »mode 1 of knowledge production« (Gibbons u.a. 1994), also die traditionelle disziplinäre und eher anwendungsferne Forschung, wie sie etwa nach wie vor in großen Bereichen der Geisteswissenschaften stattfindet, stärker negativ betroffen ist, während der »mode 2 of knowledge production«, die transdisziplinäre, anwendungsbezogene und eng mit außerwissenschaftlichen Nutzern vernetzte Forschung etwa in Feldern wie der Nanotechnologie oder der »grünen« Biotechnologie von NPM insgesamt profitieren könnte.

Schluss

Damit habe ich, wie ich hoffe, zwei Dinge verdeutlicht. Mein erstes Anliegen war, mit der dargestellten Makro-Meso-Mikro-Perspektive eine analytische Herangehensweise vorzuführen, die geeignet ist, die in der Diskussion über die Ursachen, Dynamiken und Formen von Ökonomisierung üblichen Kurzschlüsse zu vermeiden. Zweitens wollte ich darauf hinweisen, dass Ökonomisierung hinsichtlich ihrer Effekte nicht pauschal als gut oder schlecht etikettiert werden kann, sondern einen

höchst ambivalenten Vorgang darstellt, bei dessen Gesamtbeurteilung wir uns noch zurückhalten sollten.

Literatur

- Ben-David, Joseph (1992), *Scientific Growth. Essays on the Social Organization and Ethos of Science*, Berkeley.
- Bourdieu, Pierre (1998), *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*, Konstanz.
- Braun, Dietmar/Merrien, Francois-Xavier (Hg.) (1999), *Towards a New Model of Governance for Universities? A Comparative View*, London.
- Braun, Dietmar/Schimank, Uwe (1992), »Organisatorische Koexistenzen des Forschungssystems mit anderen gesellschaftlichen Teilsystemen: Die prekäre Autonomie wissenschaftlicher Forschung«, *Journal für Sozialforschung*, Jg. 32, S. 319–336.
- Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.) (2004), *Das Glossar der Gegenwart*, Frankfurt a.M.
- Brunsson, Nils (1989), *The Organization of Hypocrisy – Talk, Decisions, and Actions in Organizations*, Chichester.
- Gibbons, Michael u.a. (1994), *The New Production of Knowledge*, Beverly Hills.
- Goffman, Erving (1956), *Wir alle spielen Theater*, München.
- Grauhan, Rolf-Richard/Hickel, Rudolf (Hg.) (1978), *Krise des Steuerstaats?*, Opladen.
- Henkel, Mary (2000), *Academic Identities and Policy Change in Higher Education*, London.
- Klüver, Jürgen (1988), *Die Konstruktion der sozialen Realität Wissenschaft: Alltag und System*, Braunschweig.
- Krücken, Georg (2006), »Wandel – welcher Wandel? Überlegungen zum Strukturwandel universitärer Forschung in der Gegenwartsgesellschaft«, in: ders. (Hg.), *Universitäre Forschung im Wandel – Themenheft: Die Hochschule 15/2006*, S. 7–18.
- Krücken, Georg/Frank Meier (2006), »Turning the University into an Organizational Actor«, in: Gili Drori/John Meyer/Hokyu Hwang (Hg.), *Globalization and Organization*, Oxford, S. 241–257.
- Le Grand, Julien/Bartlett, Will (Hg.) (1993), *Quasi-Markets and Social Policy*, Houndsmill/Basingstoke.
- Lange, Stefan/Schimank, Uwe (2007), Begrenzte Konvergenz. New Public Management in fünf nationalen Hochschulsystemen, in: Katharina Holzinger u.a. (Hg.), *Politik-Diffusion* (Sonderheft der Politischen Jahresschrift, im Erscheinen).
- Luhmann, Niklas (1988), *Die Wirtschaft der Gesellschaft*, Frankfurt a.M.
- Maassen, Sabine/Weingart, Peter (2006), »Unternehmerische Universität und neue Wissenskultur«, in: Georg Krücken (Hg.), *Universitäre Forschung im Wandel – Themenheft Die Hochschule 15/2006*, S. 19–45.
- Mayntz, Renate/Scharpf, Fritz W. (1995), »Steuerung und Selbstorganisation in staatsnahen Sektoren«, in: Mayntz, Renate/Scharpf, Fritz W. (Hg.), *Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung*, Frankfurt a.M., S. 9–38.
- Meusel, Ernst-Joachim (1977), »Die Zerwaltung der Forschung«, *Wissenschaftsrecht*, Jg. 10, S. 118–137.

- Morris, Norma (2000), »Science Policy in Action: Policy and the Researcher«, *Minerva*, Jg. 38, S. 425–451.
- OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development) (1995), *Governance in Transition: Public Management Reforms in OECD Countries*, Paris.
- Pollitt, Christopher/Bouckaert, Geert (2000), *Public Management Reform: A Comparative Analysis*, Oxford.
- Schimank, Uwe (2000), »Welche Chancen und Risiken können unterschiedliche Modelle erweiterter Universitätsautonomie für die Forschung und Lehre an Universitäten bringen?«, in: Stefan Titscher u.a. (Hg.), *Universitäten im Wettbewerb – Zur Neustrukturierung österreichischer Universitäten*, München/Mering, S. 94–147.
- Schimank, Uwe (2006), *Teilsystemische Autonomie und politische Gesellschaftssteuerung – Beiträge zur akteur-zentrierten Differenzierungstheorie 2*, Wiesbaden.
- Schimank, Uwe (2007): »Die Governance-Perspektive: Analytisches Potential und anstehende konzeptionelle Fragen«, in: Thomas Brüsemeister u.a. (Hg.), *Governance, Schule, Politik. Zwischen Antagonismus und Kooperation*, Wiesbaden. (im Erscheinen)
- Schimank, Uwe/Frank Meier (2002), »Szenarien der Profilbildung im deutschen Hochschul-System. Einige Vermutungen«, *Die Hochschule*, Jg. 11, H. 1, S. 82–91.
- Schimank, Uwe/Winnes, Markus (2000), »Beyond Humboldt? The Relationship Between Teaching and Research in European University Systems«, *Science and Public Policy*, H. 27, S. 397–408.
- Sennett, Richard (1998), *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*, Berlin.
- Stichweh, Rudolf (2005a), »Erzeugung und Neutralisierung von Ungleichheit durch Funktionssysteme«, in: ders., *Inklusion und Exklusion*, Bielefeld, S. 163–177.
- Stichweh, Rudolf (2005b), »Inklusion und Exklusion. Logik und Entwicklungsstand einer gesellschaftstheoretischen Unterscheidung«, in: ders., *Inklusion und Exklusion*, Bielefeld, S. 179–196.
- Süß, Stefan (2006), »Wandel der Forschung und dysfunktionale Effekte des zunehmenden Wettbewerbs um wissenschaftliche Reputation«, in: Georg Krücken (Hg.), *Universitäre Forschung im Wandel – Themenheft: Die Hochschule 15/2006*, S. 84–97.
- Volkmann, Ute/Schimank, Uwe (2006), »Kapitalistische Gesellschaft: Denkfiguren bei Pierre Bourdieu«, in: Michael Florian/Frank Hillebrandt (Hg.), *Pierre Bourdieu: Neue Perspektiven für die Soziologie der Wirtschaft*, Wiesbaden, S. 221–242.
- Windolf, Paul (Hg.) (2005), *Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen*, Wiesbaden.